

Fraktiondirekt

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Dezember 2017/Januar 2018

»Nicht fürchten –
nicht romantisieren«

CDU/CSU-Fraktion für eine
Regulierung des Wolfsbestands

»Die Welt
wartet nicht
auf uns«

Bildung und Forschung haben für die
Unionsfraktion weiterhin höchste Priorität



»Fraktion direkt« – Die App
Jetzt downloaden

6

Investitionen in Bildung und Forschung haben für die Unionsfraktion höchste Priorität. Denn sie sind ein Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

12

Wölfe breiten sich in Deutschland immer weiter aus. Zum Schutz der Menschen und Nutztiere setzt die Unionsfraktion auf Regulierung des Bestands.



© Patrick Pleul/dpa/zentraltbild/picture alliance



© Kato/Foto12

18

Der Bundestag verlängert eine Reihe auslaufender Bundeswehr-Mandate um drei Monate. So kann eine künftige Regierung entscheiden, wie es mit den Einsätzen weitergeht.



© Markus Heine/NurPhoto/picture alliance

3

Der Monat
Volker Kauder

4

Die Meinung
Michael Grosse-Brömer

5

Die Zahlen

6

Der Brennpunkt
»Die Welt wartet nicht auf uns«

12

Die Themen
»Nicht fürchten – nicht romantisieren«

16

Das Gespräch
Eckhardt Rehberg über Investitionen
und Amtsschimmel, Schuldenverzicht
und Steuerentlastung

18

Die Themen
Ein Signal der Verlässlichkeit

18

Impressum

19

Die Bilder

20

Das Fest
Buchempfehlungen der Redaktion
Heribert Hirte über das Weihnachts-
evangelium, das Christentum und
die Religionsfreiheit

24

Das Zitat

Liebe Leserinnen und Leser,

nach einer Bundestagswahl war die Lage noch nie so schwierig wie zur Zeit. Auf eines können sich die Bürger trotzdem verlassen: Die Union – CDU und CSU – werden stets ihrer Verantwortung nachkommen. Für uns wird immer der Satz gelten: Erst die Menschen, dann das Land, dann erst die Partei.

Leider ist dieser Grundgedanke in der Bundespolitik der vergangenen Jahre immer mehr verkümmert. Wie teils auch in der Gesellschaft zu beobachten ist, schaut mancher in der Politik zunächst auf sich selbst. Dies wird damit begründet, dass man vor allem der eigenen Parteibasis und den eigenen Wählern etwas schuldig sei.

Im Kern steckt da Wahrheit drin. Man sollte möglichst halten, was man den Parteimitgliedern und den Wählern versprochen hat. Denn sonst riskiert man, unglaublich zu werden und Vertrauen zu verspielen. Dennoch darf sich in der Politik der Blick nicht nur darauf verengen. Parteien haben auch den Auftrag, dem Gemeinwohl zu dienen – und das ist mehr als nur Wahlkampfversprechen zu verwirklichen.

Nur einmal hat in Deutschland die Union mit absoluter Mehrheit regiert – in der dritten Amtszeit von Konrad Adenauer ab 1957. Davor und danach wurde das Land nur von Koalitionsregierungen geführt. Wesen einer Koalitionsregierung ist der Kompromiss. Die Parteien schließen sich zu einem Bündnis zusammen, um einerseits möglichst viel von ihrer eigenen Programmatik umzusetzen, um andererseits dem Land aber auch eine Regierung zu stellen. Auf diese Weise dienen sie dem Gemeinwohl. Denn jeder Staat benötigt, wie wir alle wissen, eine funktionsfähige Regierung.

Ein verantwortlicher Parteipolitiker muss also weiterdenken und darf nie nur seine Partei im Blick haben. Nur dann dient er dem Gemeinwohl und der Demokratie.

Es ist bedrückend, Sätze wie diese aufschreiben zu müssen. Aber viele hatten diese Maxime in den vergangenen Wochen aus dem Blick verloren. Die Bundeskanzlerin, die Union und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zählten nicht dazu. Auch 2018 werden wir in diesem Sinne handeln. Zunächst aber wünsche ich allen Lesern eine friedvolle Adventszeit und ein gesegnetes Weihnachtsfest.

h

Volker Kauder

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



© Laurence Chapelon

Die Fraktion weiß um ihre Verantwortung

Dem Land Sicherheit und Stabilität geben

Die wochenlangen Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen über die Bildung einer neuen Bundesregierung waren für alle Beteiligten eine ganz besondere Herausforderung. Obwohl wir in zentralen Fragen kurz vor einem erfolgreichen Abschluss standen, hat die FDP bekanntlich am späten Abend des 19. November nicht mehr weiterverhandeln wollen. Das finde ich nach wie vor sehr bedauerlich. Sehr erfreulich ist hingegen, dass die Union in den gesamten vier Wochen der Sondierungsgespräche geschlossen agiert und sich auch bis zuletzt für ein vernünftiges Ergebnis eingesetzt hat, ohne dabei ihre Grundüberzeugungen aufzugeben.

Auch wenn es in Union, FDP und Grünen sehr unterschiedliche politische Kulturen und Traditionen gibt, hätte eine Jamaika-Koalition viel erreichen und unser Land voranbringen können. Das gilt auch für so schwierige Themen wie die Landwirtschaft, wo vor allem zwischen uns und den Grünen große programmatische Differenzen bestehen, am Ende aber auch sinnvolle Kompromissvorschläge auf dem Tisch lagen.

»Politiker werden gewählt, um zu gestalten.«

Besonders schwierig gestalteten sich bekanntlich die Gespräche zu den Themen Migration und Klimaschutz. Doch auch da zeichneten sich Lösungen ab, bei denen CDU und CSU viel von ihren Zielen hätte durchsetzen können, ohne die anderen Parteien zu überfordern. Besonders erfreulich war aus meiner Sicht, dass sich sowohl die FDP als am Ende auch die Grünen – nach zugegebenermaßen sehr schwierigen Gesprächen – doch bereit erklärt hatten, das von der Union beschlossene »Regelwerk zur Migration« fast ohne Abstriche zu akzeptieren. Damit bestand die Chance, ein Thema, das viele Menschen in den vergangenen Jahren emotional aufgewühlt hat, dauerhaft zu befrieden.

Jetzt gilt es, nach vorne zu blicken und dem Land in einer nicht ganz einfachen Phase Sicherheit und Stabilität zu geben. Bundeskanzlerin Angela Merkel besitzt im In- und Ausland enorm hohes Ansehen und ist genau die Richtige, Deutschland durch diese Zeiten zu führen. Auch der Unionsfraktion als der mit Abstand stärksten Fraktion im Deutschen Bundestag kommt jetzt eine ganz besondere Verantwortung zu – und wir werden dieser Verantwortung gerecht werden.

Ich halte es für notwendig, dass die SPD ihre selbst gewählte Rolle noch einmal überdenkt. Für alle sollte jetzt gelten: Erst das Land, dann die Partei und nicht umgekehrt. Politiker und Parteien werden gewählt, um zu gestalten und nicht, um sich mit sich selbst zu beschäftigen. So habe ich auch den Bundespräsidenten verstanden.

Wir als Union sind jedenfalls weiter zu einer Regierungsbildung bereit, denn Deutschland braucht stabile Verhältnisse. Eine Minderheitsregierung mit täglich wechselnden Mehrheiten oder Neuwahlen sind sicher die schlechteren Alternativen. Wenn sich die SPD aber verweigert oder uns die Bedingungen diktieren will, dann scheuen wir auch Neuwahlen nicht. Wir haben nach wie vor das beste personelle und inhaltliche Angebot.



Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz. Rund **3.700** deutsche Soldaten beteiligen sich derzeit an **13** internationalen Operationen. Die beiden umfangreichsten sind derzeit die Ausbildungs- und Beratungsmission in Afghanistan mit rund **1.000** Soldaten sowie die UN-Stabilisierungsmission in Mali mit ebenfalls knapp **1.000** Soldaten. In Mali unterstützen auch noch rund **150** Bundeswehrsoldaten die EU-Trainingsmission. Von großer Bedeutung sind außerdem der Einsatz gegen das Terrornetzwerk »Islamischer Staat« im Nahen Osten mit rund **300** Soldaten sowie die Operation »Sophia« im Mittelmeer mit etwas mehr als **200** Soldaten. **5** Mandate laufen Ende des Jahres und **2** Ende Januar aus. Der Bundestag verlängert sie vorläufig nur um **3** Monate, um einer neuen Koalition Handlungsfreiheit zu lassen.



© Sanjiv/Getty Images

Die unionsgeführten Regierungen haben die Ausgaben für Bildung und Forschung in den vergangenen zwölf Jahren um 130 Prozent erhöht.

»Die Welt wartet nicht auf uns«

Bildung und Forschung haben für die Unionsfraktion weiterhin höchste Priorität



»Gute Bildung ermöglicht ein Leben in Eigenverantwortung sowie Teilhabe und Aufstieg.«

Es ist bedauerlich, dass die Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen am späten Abend des 19. November von der FDP beendet wurden – nicht zuletzt, weil alle Verhandlungspartner sich darin einig waren, dass Bildung und Forschung zu den zentralen Zukunftsprojekten einer neuen, von CDU/CSU geführten Regierung werden müssten. In den Sondierungsgesprächen konnte die Union viel von ihren Vorstellungen durchsetzen und hätte so die Voraussetzungen dafür geschaffen, ihren Erfolgskurs der vergangenen zwölf Jahre fortzusetzen und Deutschland noch weiter nach vorne zu bringen.

Dass die Bildung einer neuen Bundesregierung nun länger dauert und es möglicherweise Neuwahlen geben könnte, ändert nichts an der Tatsache, dass Forschung und Innovation, Bildung und Wissenschaft die Schlüssel zur Zukunft sind. Sie sichern Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze und Wohlstand. »Gute Bildung ermög-

licht ein Leben in Eigenverantwortung, gesellschaftliche Teilhabe und persönlichen Aufstieg«, sagt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Albert Rupprecht (CSU).

Deshalb hat die Union Bildung und Forschung in den vergangenen zwölf Jahren kontinuierlich gestärkt und allein das Budget des zuständigen Bundesministeriums um über 130 Prozent auf zuletzt 17,6 Milliarden Euro im Jahr gesteigert. »Wir wollen diesen Kurs auch in Zukunft mit ganz konkreten Vorhaben fortsetzen«, sagt Rupprecht. Denn die Erfolge dieser Politik sind überall zu sehen.

Deutschland bei den MINT-Fächern führend

Wie gut Deutschland in Wissenschaft und Bildung aufgestellt ist, hat auch die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem jüngsten Bericht »Bildung auf einen Blick 2017« festgestellt. Danach

»Berufliche und akademische Bildung haben den gleichen Wert.«

ist Deutschland führend bei der technischen Ausbildung. So finden die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) überdurchschnittlich viel Zuspruch. Laut OECD haben hierzulande 37 Prozent der Hochschulabsolventen ein MINT-Diplom. Das ist die höchste Quote unter allen 35 OECD-Ländern. Weltspitze ist Deutschland auch bei der frühkindlichen Bildung der Drei- bis Fünfjährigen.

»Der OECD-Bericht belegt den Erfolg unserer Politik«, erklärt Rupprecht. Die duale Ausbildung in Deutschland gilt international als vorbildlich, die Jugendarbeitslosigkeit ist sehr niedrig. »Berufliche und akademische Bildung haben für die Union den gleichen Wert«, betont der stellvertretende Sprecher für Bildung und Forschung, Stefan Kaufmann (CDU).

Beide Bildungswege will die Union noch besser gestalten und auf individuelle Anforderungen ausrichten, »damit jeder junge Mensch seine Ziele erreichen und sich aktiv an der Wertschöpfung beteiligen kann«, sagt Kaufmann. »Wir brauchen jede gute Idee.«

Um diesen Erfolgskurs auch in einer neuen Koalition konsequent fortzusetzen, hat die Union vor der Bundestagswahl eine ambitionierte Agenda für die künftige Bildungs- und Forschungspolitik vorgelegt. »Es wäre völlig falsch«, meint Rupprecht, »sich jetzt auf dem Erreichten auszuruhen.« Denn der internationale Wettbewerb ist hart, und andere Staaten holen auf. Vor allem die Digitalisierung und die demografische Entwicklung stellen Deutschland vor ganz neue Herausforderungen.

Berufsbildungspakt für die Fachkräfte von morgen

Drei ausgewählte Top-Themen stehen exemplarisch für das, was die Union in Zukunft erreichen will. Erstens: Die Stärkung der beruflichen Bildung über einen Berufsbildungspakt, denn sonst fehlen morgen den Betrieben die Fachkräfte. Dabei kann Deutschland stolz sein auf seine gute berufliche Bildung. Eine solide Ausbildung eröffnet hierzulande auf vorbildliche Weise den Einstieg in die Arbeitswelt. Sie bietet ein ganzes Berufsleben lang attraktive Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Doch dass Verbesserungen bei der beruflichen Bildung notwendig sind, zeigt auch ein Blick in die Ausbildungsmarktbilanz 2016/2017 der Bundesagen-



Dem Wissenschaftsnachwuchs soll eine akademische Karriere erleichtert werden.

»Ohne Spitzenleistung kein Wohlstand«

Stefan Müller über Exzellenz in der Wissenschaft

Herr Müller, was sind die wichtigsten Ziele der Unionsfraktion für diese Legislaturperiode?

Müller: Zunächst einmal wollen wir bis 2025 die Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3,5 Prozent des BIP steigern. Das ist ehrgeizig und bedeutet nicht nur erhebliche Anstrengungen für die forschenden Unternehmen, sondern auch einige Milliarden Euro mehr an Bundesinvestitionen allein in dieser Legislaturperiode.

Wie geht es nach Ihren Vorstellungen mit dem Hochschulpakt weiter?

Müller: Der Hochschulpakt läuft 2020 aus. Künftig kann es nicht mehr darum gehen, mit Bundesmitteln neue Studienplätze zu finanzieren, sondern die freiwerdenden Mittel müssen besser verwendet werden – nach dem Motto: Qualität vor Quantität. Und zweitens wollen wir ein dem sogenannten Tenure-Track-Programm für die Universitäten analoges Programm für die Fachhochschulen. Damit erleichtern wir dem Wissenschaftsnachwuchs eine akademische Karriere. Unabhängig davon gilt, dass wir uns stärker der beruflichen Bildung zuwenden müssen.

Viel Wert hat die Unionsfraktion auch immer auf die Förderung der Exzellenz gelegt.

Müller: Dabei bleibt es: Wir brauchen Exzellenz. Ohne wissenschaftliche Spitzenleistung gibt es keinen Wohlstand. Ohne führende Hochschulen wie Harvard, MIT oder Stanford gäbe es Facebook, Google und viele andere Unternehmen in den USA nicht. Deswegen braucht Deutschland wissenschaftliche Breite, ja, aber auch wissenschaftliche Spitze.

Welche Ziele setzen Sie sich?

Müller: Mit der Exzellenzinitiative haben wir 2005 eine wichtige Dynamik angestoßen. Trotzdem müssen wir feststellen, dass

keine deutsche Universität bei den namhaften weltweiten Rankings auf einem der ersten 30 Plätze ist. Das darf auf Dauer nicht so bleiben. Lediglich die Max-Planck-Gesellschaft als außeruniversitäre Forschungseinrichtung spielt ganz vorn an der Weltspitze mit. Deswegen war es richtig, die zeitlich befristete Exzellenzinitiative zur dauerhaften Exzellenzstrategie weiterzuentwickeln. Und deswegen war es auch richtig, dass wir neben vielen anderen Maßnahmen die Alexander-von-Humboldt-Professuren eingerichtet haben. Die Alexander-von-Humboldt-Professur wird seit 2009 an internationale Wissenschaftler verliehen, die für fünf Jahre mit einem Etat von fünf Millionen Euro Spitzenforschung betreiben können.



Stefan Müller
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CSU-Landesgruppe

Wie kann die Exzellenz weiter gestärkt werden?

Müller: Es muss unser Ziel sein, an der Weltspitze mitzumarschieren. Das heißt, bestehende Formate müssen gestärkt werden. Daher wollen wir die Zahl der Humboldt-Professuren verdoppeln. Wir unterstützen die Einrichtung von Max-Planck-Schools, also Graduiertenschulen, die die leistungsstärksten Studierenden und Doktoranden aus der ganzen Welt anziehen sollen. Wir wollen ein Spitzeninstitut zur Entwicklung von Algorithmen in gemeinsamer Trägerschaft mehrerer außeruniversitärer und universitärer Einrichtungen. Das sind drei Beispiele für Formate, die wir brauchen, um in den einzelnen Fachbereichen auch an der Weltspitze dabei zu sein.

tur für Arbeit von Anfang November. Demnach ist die Situation am Ausbildungsmarkt gut, Angebot und Nachfrage sind nahezu ausgeglichen. Aber sowohl die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen (48.900) als auch die Zahl der unverorgten Bewerber (23.700) ist erneut höher als im Vorjahr. Schon angesichts dieser Ungleichgewichte muss die Politik gegensteuern. Auch die wachsende Digitalisierung der Arbeitswelt muss sich in der Ausbildung besser niederschlagen. Um diese Ziele zu erreichen, strebt die Union einen nationalen Pakt für Berufsbildung an.

Deutschland muss Hightech-Standort bleiben

Zweitens: die Stärkung von Forschung und Innovation. Als Hightech-Standort ist Deutschland auch künftig auf eine starke Wissens-, Forschungs- und Innovationsbasis angewiesen. »Wissenschaft, Forschung und Innovation sichern heute unsere Wettbewerbsfähigkeit, unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand«, sagt Kaufmann. »Damit das so bleibt, wollen wir künftig nationale Forschungskonsortien schaffen, etwa im Bereich Digitalisierung oder Mobilität.« Die Union setzt auf Innovations- und Technologieoffenheit und will die technologische Souveränität Deutschlands und Europas im digitalen Zeitalter stärken – gerade in strategisch besonders wichtigen Bereichen wie dem maschinellen Lernen, der künstlichen Intelligenz und der medizinischen Forschung. Um die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von Unternehmen noch stärker anzuregen, soll zudem eine steuerliche Forschungsförderung eingeführt werden.

Milliarden für Wissenschaft und Forschung

Drittens: die Stärkung der Hochschulen und des Wissenschaftssystems. Der Bund hat durch seine konsequente und auf Exzellenz fokussierte Förderung die Universitäten und die außeruniversitäre Forschung in Deutschland seit 2005 weit nach vorne gebracht. Zu nennen sind etwa die Exzellenzinitiative oder der Hochschulpakt 2020. Mit Milliardensummen unterstützt der Bund die Länder bereits wie nie zuvor.

In den nächsten Jahren werden einige große Bund-Länder-Wissenschaftspakte auslaufen. Bei der Nachfolgevereinbarung zum Hochschulpakt 2020 etwa will die Union künftig einen besonderen Schwerpunkt auf die Stärkung der Qua-

Das Interesse für MINT-Fächer früh wecken

Deutschland schneidet im internationalen Vergleich gut ab

Deutschland ist ein Hochtechnologiestandort. Damit das so bleibt, braucht das Land hochqualifizierte Fachkräfte, insbesondere in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, kurz MINT. »Für jeden Einzelnen bildet MINT-Bildung die Grundlage, um technische Neuerungen nutzen und Entwicklungen verstehen zu können«, sagt die CDU-Abgeordnete Sybille Benning, die in der vergangenen Legislaturperiode Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung war und sich intensiv mit dem Thema beschäftigt.

Sowohl von Seiten der Politik als auch von Seiten der Wirtschaft ist der Abgeordneten zufolge schon viel geschehen, um den MINT-Bereich nach vorn zu bringen. So gibt es bereits eine große Zahl diverser MINT-Projekte in Deutschland. Über die Initiativen »MINT Zukunft schaffen«, »Komm, mach MINT« und »tecnopedia« findet man etwa 15.000 Angebote. »Derzeit fehlt aber noch eine Gesamtstrategie zur MINT-Bildung in Deutschland«, kritisiert Benning. »Die Unionsfraktion fordert

Bund, Länder und die relevanten Akteure im MINT-Bereich dazu auf, im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit nach Wegen zu suchen, um die MINT-Bildung noch besser als bisher zu entwickeln.«

Das Interesse für die Fächer müsse bereits im Rahmen der frühkindlichen Bildung geweckt und dann weiter gefördert werden. »Noch verlieren zu viele Heranwachsende ihr Interesse an MINT, zum Beispiel in der Pubertät, und entscheiden sich gegen eine Berufslaufbahn mit MINT, obwohl sie das Zeug dazu hätten«, bedauert Benning. Das gelte besonders für Mädchen und junge Frauen. »Dabei bieten MINT-Berufe hervorragende Perspektiven.«

Bei der Zahl derer, die sich für ein Studium oder eine äquivalente Berufsausbildung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik entscheiden, steht Deutschland vergleichsweise gut da. Während im OECD-Durchschnitt nur 26 Prozent diese Studiengänge wählen, sind es in Deutschland 40 Prozent der Studienanfänger. Problema-

»Der globale Innovationswettbewerb ist hart.«

lität der Lehre und die Digitalisierung der Hochschulen legen. Auch der Pakt für Forschung und Innovation soll weiter ausgebaut werden, ebenso die Förderung der Fachhochschulen. Im Bereich der Studienfinanzierung will die Union das BAföG als Sozialleistung erhalten, bedarfsgerecht anpassen und noch familienfreundlicher gestalten. Auch der exzellente wissenschaftliche Nachwuchs soll stärker gefördert werden.

Alle diese Vorhaben in Bildung, Wissenschaft und Forschung sind ohne hohe Investitionen nicht zu haben. Die Union will erreichen, dass der Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung am BIP von jetzt drei Prozent auf dreieinhalb Prozent im Jahr 2025 steigt. Die gesamtstaatlichen Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung sollen bis zum Jahr 2025 auf mehr als zehn Prozent des BIP steigen. »Der globale Innovationswettbewerb ist hart«, sagt Rupprecht. »Die Welt wartet nicht auf uns.«

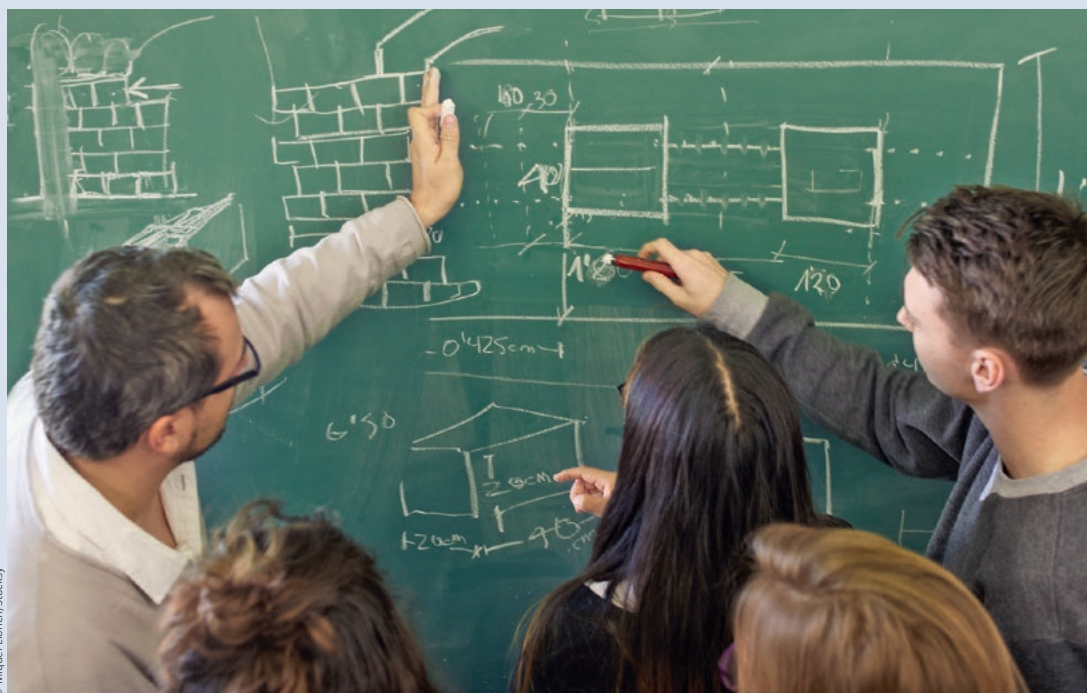
Schulabschlüsse müssen vergleichbar sein

Auch wenn Schulpolitik einschließlich der Finanzierung Ländersache ist und nach Überzeugung der Unionsfraktion auch bleiben muss, gibt es eine gesamtstaatliche Verantwortung, der sich auch der Bund stellt. Die Menschen erwarten zu Recht, dass Bildungsstandards und Schulabschlüsse der Länder vergleichbar sind, die innerdeutsche Mobilität für Schülerinnen und Schüler gewährleistet wird und die Qualität der Bildung sich weiter verbessert, gerade auch bei der digitalen Bildung, zu deren Stärkung die Union einen Digitalpakt für alle Schulen vorschlägt. Es gibt also viel zu tun. Verbindliche, an den konkreten Zielen orientierte Lösungen lassen sich aus Unionssicht aber nur schrittweise über eine verstärkte Abstimmung der Länder untereinander erreichen. Dem Bund kommt hierbei eine begleitende und unterstützende Rolle zu.

tisch ist allerdings, dass rund ein Drittel der Studienanfänger im MINT-Bereich ihr Studium später abbrechen. Nicht zuletzt dank des zwischen Bund und Ländern vereinbarten Qualitätspakts Lehre bieten Hochschulen in diesem Bereich inzwischen eine Reihe von Maßnahmen an, um die Zahl der Studienabbre-

cher zu senken. Dazu gehören etwa eine eignungsorientierte Studienberatung sowie Vorkurse zur Erreichung des erforderlichen Leistungsniveaus in Mathematik oder Mentoren-Programme. »Entscheidend ist«, sagt Sybille Benning, »dass sich jetzt alle, die zum Gelingen beitragen können, gemeinsam an

einen Tisch setzen und eine Gesamtstrategie für MINT in Deutschland entwickeln.«



Hoch qualifizierte Fachkräfte werden besonders in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, kurz: MINT, gebraucht.



Rund 700 Wölfe gibt es
inzwischen in Deutschland.
Alle drei Jahre verdoppelt
sich die Population.

»Nicht fürchten – nicht romantisieren«

CDU/CSU-Fraktion für eine Regulierung des Wolfsbestands –
Besserer Schutz für Menschen und Nutztiere

In Kunst und Literatur ist der Wolf eine zwiespältige Gestalt. Einerseits wird er als überlegenes Wesen verehrt, andererseits als Bösewicht gefürchtet. Auch in der Realität scheiden sich die Geister am Umgang mit dem Wolf. Fast 200 Jahre lang war der *Canis lupus* – so sein wissenschaftlicher Name – in Deutschland ausgerottet. Erst im Jahre 2000 wanderte er über Polen wieder ein. Während seine Rückkehr von Naturschützern bejubelt wurde, leiden Weidetierhalter an der ungehemmten Ausbreitung des Raubtieres, das Schafe, Ziegen und Rinder reißt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb für eine Regulierung des Wolfsbestands und einen besseren Herdenschutz ein.

Die Unionsfraktion begrüßt grundsätzlich, dass sich Wölfe wieder in Deutschland angesiedelt haben. Etwa 60 Wolfsrudel, 13 Paare und ein paar Einzel Exemplare – also rund 700 Tiere insgesamt – leben nach Angaben des Bundesamtes für Naturschutz inzwischen hier, die meisten in Sachsen und Brandenburg. Und sie verbreiten sich rasch mit einer Wachstumsrate von 33 Prozent. Das bedeutet: Alle drei Jahre verdoppelt sich die Population.

Angesichts dieser Problematik fordert die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Connemann (CDU), sachlich über eine Bestandsregulierung nachzudenken – auf dem Boden der Wissenschaft. »Wir müssen den Wolf nicht fürchten wie das Rotkäppchen oder die sieben Geißlein, aber er darf auch nicht romantisiert werden.«

Seit 1980 gilt der Wolf in der Bundesrepublik als besonders geschützt. Seit 1990 steht er auch im wiedervereinigten Deutschland unter Schutz. Laut Bundesnaturschutzgesetz und laut Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU (FFH) ist es verboten, Wölfe zu fangen, zu verletzen, zu töten sowie ihre Behausungen zu beschädigen oder zu zerstören. Nur in streng geregelten Ausnahmefällen, also wenn Wölfe verhaltensauffällig oder gar für den Menschen gefährlich werden, dürfen sie vertrieben oder getötet werden.

Die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, Marie-Luise Dött (CDU), weist darauf hin, dass Mensch und Wolf in unserer dicht besiedelten, intensiv genutzten Kulturlandschaft koexistieren können, jedoch nicht ganz konfliktfrei. Deshalb habe man 2014 einen »Runden Tisch Wolf« im Bundesumweltministerium eingerichtet, außerdem eine Dokumentations- und Beratungsstelle in Görlitz, die sich mit dem Wolfsmanagement befasst. »Beides sind wichtige Maßnahmen. Aber so richtig Informationsaustausch und Beratung auch sind, wir brauchen klare und verlässliche Regelungen für das Wolfsmanagement. Da müssen wir nicht erst auf ein Anwachsen der Probleme warten.«

»Wir brauchen
verlässliche
Regelungen.«



© Sebastian Gellnow/dpa/picture alliance

Um ihre Schafe und Rinder zu schützen, müssen Tierhalter die Herden einzäunen oder in Ställen unterbringen.

Halter können sich Schutzmaßnahmen kaum leisten

Die Akzeptanz für den Wolf indes leidet stark, wenn die Schäden und Kosten für die Weidetierhalter nicht mehr tragbar sind. Immer höhere Zäune oder die temporäre Unterbringung der Herden in Ställen können sich viele Halter kaum leisten. Wird ein Schaf oder ein Rind von Wölfen gerissen, übersteigt der Schaden oft den reinen Fleischverkaufspreis – etwa wenn ein Tier trächtig war oder wenn die Anschaffung eines neuen Tieres teurer

Solche Regelungen sind dringend nötig, denn kaum ein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo in Deutschland Schafe, Ziegen oder Rinder gerissen werden, bisweilen sogar Pferde. Zu den besonders betroffenen Ländern gehört Niedersachsen. Ursprünglich war erwartet worden, dass der Wolf sich artgemäß am Rot- oder Schwarzwild schadlos hält. Damit sollte eine übermäßige Vermehrung von Rehen, Hirschen und Wildschweinen verhindert werden, die mit ihrer Vorliebe für Keimlinge, Knospen und Triebe die Wälder dauerhaft schädigen. Doch diese Erwartung haben die real existierenden Wölfe enttäuscht. Da die Raubtiere ausgesprochen lernfähig sind, fallen sie stattdessen die leichter zu erbeutenden Nutztiere an. Sie zeigen auch immer weniger Scheu vor Menschen, was die Bevölkerung auf dem Land zunehmend verunsichert.

Für die Unionsfraktion hat der Schutz von Menschen und landwirtschaftlichen Nutztieren Priorität. Für sie sind Präventionsmaßnahmen wie Zäune oder Herdenschutzhunde das Mittel der Wahl. Da die Bundesländer für die Präventionsmaßnahmen die Verantwortung tragen, spricht sich Gitta Connemann für bundeseinheitliche Standards aus. Denn: »Unter dem Flickenteppich leiden Mensch und Tier.«

Doch gibt es auch Landschaften, wo die Tierhalter mit Zäunen nicht weiterkommen, etwa die norddeutschen Deiche oder die bayerischen Almen. Daher warnt die agrarpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Marlene Mortler: »Wir müssen aufpassen, dass die Weidewirtschaft durch den Wolf nicht grundsätzlich gefährdet wird.« Die Weidetierhaltung ist eine besonders naturverträgliche Form der Landnutzung. Wertvolle Ökosysteme werden durch sie erhalten. Beim Küstenschutz auf den Deichen ist sie unerlässlich. Sie erhöht außerdem die Akzeptanz für die Landwirtschaft und stärkt den Tourismus.

wird. Für eine Entschädigung auf freiwilliger Basis sind ebenfalls die Länder zuständig.

Die Frage, ab wann die Wolfspopulation reguliert werden kann, hängt von den Artenschutzbestimmungen ab. Ein »günstiger Erhaltungszustand« – der Fachjargon für eine ausreichend große Population – ist bei einer Mindestzahl von rund 1.000 erwachsenen Wölfen erreicht. Dabei kommt es darauf an, wie man zählt – ob man die Wölfe in Deutschland gesondert betrachtet oder sie als Teil anderer Wolfspopulationen ansieht, etwa der baltischen. Für letzteres sprechen genetische Übereinstimmungen zwischen den Tieren.

Zum Schutz von Menschen und Nutztieren könnten aber auch unabhängig vom »Erhaltungszustand« laut FFH-Richtlinie bereits Ausnahmen vom strengen Artenschutz gemacht werden. Der Vorsitzende des Gesprächskreises Jagd, Fischerei und Natur der Unionsfraktion, Henning Otte (CDU), fordert daher eine Lockerung des Schutzstatus. »Der Wolf ist keine gefährdete Art mehr und hat im dichtbesiedelten Mitteleuropa nicht den Platz für die derzeit stattfindende exzessive Vermehrung.«

Die nächste Bundesregierung sollte sich daher dringend um eine entsprechende Anpassung der FFH-Richtlinie kümmern. »Ein Eingreifen des Menschen muss ermöglicht werden.« Ein solches Wolfsmanagement gibt es bereits in Schweden und Finnland.

Immerhin hat die EU-Kommission Verständnis für die Nöte derjenigen gezeigt, die von »Problemwölfen« betroffen sind. Auf Drängen des sächsischen Umweltministers Thomas Schmidt (CDU) erteilte sie vor kurzem die Erlaubnis, Wölfe mit »Soft Catch Traps« zu fangen – Tellereien, deren Bügel gepolstert sind, so dass sich die Tiere nicht verletzen. Die Brüsseler Behörde kündigte auch an, ihre Leitlinien zum Artenschutz zu überarbeiten.

»Ein Eingreifen des Menschen muss möglich sein.«

»Mit Zäunen allein nicht zu schützen«

Der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes,
Bernhard Krüsken, über ein praktikables Wolfsmanagement

Kann es in der Kulturlandschaft Deutschlands eine »friedliche Koexistenz« zwischen Mensch und Wolf geben?

Krüsken: Die Ausbreitung des Wolfs in Deutschland sorgt für erhebliche Gefährdungen und Konflikte nicht nur für die Nutztierhaltung, sondern auch für die ländliche Bevölkerung. Deren Belange werden bislang nur unzureichend berücksichtigt. Die flächendeckende Ausbreitung und das rasante Wachstum der Wolfspopulation stellt die Weidehaltung von Schafen, Ziegen, Rindern, Pferden und Gehegewild im Grundsatz in Frage.

Was die Weidehaltung angeht: Welche finanziellen und praktischen Folgen hat das für sie?

Krüsken: Der Schutz durch Zäune, Herdenschutzhunde oder andere Maßnahmen verursacht immense Kosten und einen enormen Aufwand. Wenn die Aus-

breitung des Wolfes ein gesellschaftliches Ziel ist, dann müssen diese Kosten einschließlich des zusätzlichen Arbeitszeitaufwandes vollumfänglich, unbürokratisch und einheitlich finanziell gefördert werden. Häufig entstehen auch Folgeschäden, wenn beispielsweise Weidetiere oder Herden vor Wölfen fliehen und dies zu Unfällen im Straßen- oder Bahnverkehr führt. Auch diese Kosten müssen übernommen werden. Generell bedarf es einer Umkehr der Beweislast hinsichtlich des Nachweises eines Wolfes zugunsten der Weidetierhalter.

Welche Maßnahmen zur Schadensbegrenzung sind aus Ihrer Sicht erforderlich?

Krüsken: Eine Akzeptanz für die Rückkehr des Wolfes wird nur zu erreichen sein, wenn es einen Dreiklang von Bestandssteuerung, Prävention und Entschädigung gibt. Es ist nicht alleine mit

Herdenschutzmaßnahmen getan. Weite Teile Deutschlands sind nicht durch Zäune zu schützen. Eine wolfsichere Umzäunung von Berg- und Küstengebieten, weiträumigen, intensiv genutzten Grünlandregionen und Naturschutzgebieten ist weder möglich noch sinnvoll. In diesen Regionen muss verhindert werden, dass sich der Wolf ansiedelt.

Ist der Artenschutz für Wölfe noch gerechtfertigt?

Krüsken: Der Bestand der Wölfe nimmt rasant zu – laut Bundesamt für Naturschutz in den vergangenen Jahren um 30 Prozent jährlich. Der Wolf ist in Deutschland nicht mehr gefährdet.

Wie stehen Sie zu einer Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht?

Krüsken: Es ist dringend erforderlich, die Realitäten anzuerkennen und gemeinsam mit den Betroffenen Wege für ein europarechtskonformes Management des Wolfes zu entwickeln. Die Regulierung sollte dann auch über das bewährte Reviersystem stattfinden. Das ist mit dem bestehenden europäischen Naturschutzrecht möglich. Allerdings ist es nicht sinnvoll, den Wolf erst in das Jagdrecht einzubeziehen und dann nur eine begrenzte Bestandsregulierung zu ermöglichen. Entscheidend ist ein effektives Wolfsmanagement wie in Frankreich, Schweden oder Finnland.



© Gero Breiter für DBV

Bernhard Krüsken
Generalsekretär des Deutschen
Bauernverbandes

»Es mangelt nicht an Geld«

Eckhardt Rehberg über Investitionen und Amtsschimmel, Schuldenverzicht und Steuerentlastung

»Wir wollen den Ausstieg beim Soli einleiten.«

Die Sondierungen zur Bildung einer Jamaika-Koalition sind gescheitert. Unabhängig davon, in welcher politischen Konstellation es weitergeht: CDU und CSU haben in der Haushaltspolitik unverrückbare Grundsätze. So soll die sogenannte schwarze Null – also der Verzicht auf Neuverschuldung – nicht infrage gestellt werden. Über die Haushaltsziele der Union sprach »Fraktion direkt« mit dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckhardt Rehberg.

Herr Rehberg, die »schwarze Null« liegt der Unionsfraktion besonders am Herzen. Warum ist ein ausgeglichener Haushalt so wichtig?

Rehberg: Für die Union ist das eine Frage der Generationengerechtigkeit. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Außerdem müssen wir die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einhalten und auch die Maastricht-Kriterien der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erfüllen. Unser Credo lautet: Keine neuen Schulden, die schwarze Null nicht aufgeben. Nur mit solider Haushaltspolitik eröffnen wir finanzpolitische Spielräume. Nur so können wir auf unvorhergesehene Situationen wie die Flüchtlingskrise reagieren oder zusätzliches Geld in den Breitbandausbau und in die Bildung investieren.

Im Wahlkampf wurde den Bürgern – vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen – Steuerentlastung versprochen. Wie kann die Entlastung aussehen? Wie viel Geld steht dafür zur Verfügung?

Rehberg: Die Union legt Wert darauf, dass Familien mit Kindern sowie Bezieher unterer und mittlerer Einkommen entlastet werden. Der sogenannte Mittelstandsbauch soll abge-

baut werden und der Spitzensteuersatz erst später greifen. Zusätzlich will die Union das Kindergeld um 25 Euro pro

Kind und Monat sowie den Kinderfreibetrag erhöhen, was jährlich zu fast sechs Milliarden Euro an Steuermindereinnahmen führt. Die sich aus den Steuerentlastungen ergebenden Mindereinnahmen müssen Bund, Länder und Gemeinden anteilsgemäß schultern. Länder und Gemeinden sind dazu auch in der Lage. Die Länder beispielsweise verzeichneten im September einen Überschuss von rund 13 Milliarden Euro.

Reichen die Polster auch für die Abschaffung des Soli?

Rehberg: Wir wollen den Ausstieg beim Soli einleiten. Die Union tritt für eine schrittweise Abschaffung ab 2020 ein. In den Jahren 2020 und 2021 wollen wir mit einer Entlastung von insgesamt rund vier Milliarden Euro beginnen. Bei einer kompletten Streichung bereits im Jahr 2020 würden im Bundeshaushalt auf einen Schlag mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr an Einnahmen fehlen. Dann müssten wir garantiert neue Schulden machen und würden gegen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse verstoßen.

Gleichzeitig muss Geld für Investitionen vorgehalten werden. Welche Projekte haben Vorrang?

Rehberg: Welche Projekte Vorrang haben, muss eine zukünftige Koalition unter Beachtung des haushaltsrechtlichen Rahmens entscheiden. Zentrale Punkte sind für uns der Breitbandausbau, Verkehrsinvestitionen und die Förderung des ländlichen Raums. Die Wirtschaft und der Staat müssen dafür sorgen, dass Deutschland einen Spitzenrang bei den Bildungs- und Forschungsinvestitionen einnimmt. Nur so schaffen wir die Grundlage für Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und unseren weiteren Wohlstand. Wir müssen auch die länd-

Eckhardt Rehberg
Haushaltspolitischer
Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



© Tobias Koch

lichen Gebiete in eine gute Zukunft führen. Das gelingt nur, wenn dort eine verlässliche Grundversorgung mit Ärzten, Bildungseinrichtungen, Gerichten, Polizisten und schnellem Internet vorhanden ist. Wobei in erster Linie die Länder ihrer Verantwortung dafür gerecht werden müssen.

Teilweise stehen schon erhebliche Mittel für Investitionen bereit, die aber nicht abfließen. Woran liegt das und was kann man dagegen tun?

Rehberg: Für Investitionen stehen in verschiedenen Töpfen noch mehr als zehn Milliarden Euro bereit, etwa zur Sanierung maroder Schulen, für den sozialen Wohnungsbau, den Breitbandausbau und den Kita-Ausbau. Die Mittel sind bisher leider noch nicht abgerufen worden. Es mangelt also nicht am Geld, sondern an Planungskapazitäten und an Personal auf allen Ebenen der Verwaltung. Deshalb haben wir an der Bundeswehr-Universität in Hamburg einen neuen Studiengang Bauingenieurwesen eingerichtet. Das ist eine Antwort auf die Entwicklung, dass immer weniger geeignete Studienabgänger für die Laufbahn des gehobenen und des höheren techni-

schen Dienstes gewonnen werden können. Meiner Meinung nach haben wir auch im Bau- und Umweltrecht viel zu hohe Hürden, wodurch sich Planung und Umsetzung in die Länge ziehen.

In den vergangenen beiden Jahren hat der Bund Überschüsse erzielt, die in eine Rücklage zur Finanzierung von Flüchtlingsausgaben geflossen sind. Sicherlich sinnvoll, aber wäre es nicht an der Zeit, auch an Schuldentilgung zu denken?

Rehberg: Die Union hätte gerne schon in diesem Jahr Altschulden getilgt. Das ist leider an der SPD gescheitert. Allein der Bund hat über 1.200 Milliarden Euro Schulden. Der Beginn der Tilgung in konjunkturell guten Zeiten wäre vernünftig, generationengerecht und ein deutliches Signal an die internationalen Partner gewesen. Mittel- bis langfristig dürfen wir das Ziel der Schuldentilgung nicht aus den Augen verlieren. Deshalb werden auch in Zukunft nicht alle Wünsche möglicher Koalitionspartner finanzierbar sein. Schon um neue Schulden zu vermeiden, müssen immer klare Prioritäten gesetzt werden.

»Wir dürfen die Schuldentilgung nicht aus den Augen verlieren.«

Ein Signal der Verlässlichkeit

Auslaufende Bundeswehr-Mandate sollen verlängert werden



© Kristin Pollitz/foto/picture alliance

Deutscher Soldat während seines Einsatzes in Mali, der inzwischen bedeutendsten Mission der Bundeswehr

An zahlreichen Krisenherden der Welt ist die Bundeswehr im Einsatz – im Auftrag der Vereinten Nationen und gemeinsam mit Verbündeten von NATO und Europäischer Union. Sieben Mandate für Auslandseinsätze laufen in Kürze aus, fünf davon zum Jahresende, zwei zum 31. Januar 2018. Der neue Bundestag beriet im November eine Verlängerung um drei Monate, um der noch zu bildenden Regierung bei möglichen Mandatsveränderungen freie Hand zu lassen.

Zu den Mandaten, die Ende Dezember auslaufen, gehören die Ausbildungs- und Beratungsmission in Afghanistan »Resolute Support«, die Operation »Sea Guardian« zur Bekämpfung von Terroraktivitäten im Mittelmeer, der Einsatz gegen das Terrornetzwerk »Islamischer Staat« in Syrien und Irak sowie die kleineren Missionen im Sudan und im Südsudan. Die beiden Mandate, die Ende Januar auslaufen, umfassen den UN-Blauhelmeinsatz in Mali und die Ausbildungsunterstützung für die kurdischen Peschmerga im Nordirak. Keiner der Einsatzaufträge soll verändert werden. So hat es das alte Kabinett der großen Koalition auf seiner letzten Sitzung beschlossen.

»Deutschland steht zu seinen Verpflichtungen«

Die vorläufige Verlängerung der Mandate um lediglich drei Monate sind nach den Worten des verteidigungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte, »ein Signal der Verlässlichkeit an unsere Partner«. Der CDU-Politiker betont: »Wir machen damit deutlich, dass Deutschland auch in der Übergangsphase bis zur Bildung einer neuen Regierung klar zu seinen sicherheitspoliti-

schen Verpflichtungen steht.« Entscheidend sei, dass eine künftige Koalition die Möglichkeit habe, die Mandate abermals zu beraten.

Denn auf mittlere Sicht bedürfen einige Mandate möglicherweise der Anpassung. So beschloss die NATO auf ihrem Verteidigungsminister-Treffen Anfang November, die Zahl der Soldaten für »Resolute Support« in Afghanistan um 3.000 auf 16.000 aufzustocken. Ob auch Deutschland angesichts dessen seine Obergrenze von derzeit 980 Soldaten anheben wird, ist offen.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, streicht die Bedeutung des deutschen Engagements in Afghanistan her-

aus. Die Ausbildungsmission solle den afghanischen Regierungstruppen helfen, das militärische Patt zwischen ihnen und den Aufständischen aufzubrechen. »Dies ist umso bedeutender, weil die für Juli 2018 angesetzten Parlamentswahlen in Afghanistan frei sein und in einem sicheren Umfeld stattfinden sollen«, sagt der CDU-Abgeordnete Hardt. Die Bundeswehr ist seit Ende 2001 in Afghanistan engagiert. Am ISAF-Einsatz zur Stabilisierung des Landes beteiligten sich zeitweise bis zu 5.350 deutsche Soldaten.

Inzwischen ist der Einsatz zur Befriedung und Stabilisierung Malis die zahlenmäßig größte und gefährlichste Bundeswehr-Mission. Im Rahmen der UN-Blauhelmoreoperation MINUSMA befinden sich derzeit 950 deutsche Soldaten mit Lufttransport- und Luftbetankungsfähigkeiten in Mali. Beim Absturz eines Kampfhubschraubers im August starben zwei Piloten. Ebenfalls in Mali beteiligt sich die Bundeswehr an einer Ausbildungsmission der EU mit derzeit rund 150 Soldaten.

In die Diskussion geraten ist die seit 2014 laufende Mission zur Ausbildung der kurdischen Peschmerga im Nordirak. Wegen aufflammender Kämpfe im Zusammenhang mit dem kurdischen Unabhängigkeitsreferendum Anfang Oktober hatte die Bundeswehr ihren Einsatz dort für gut eine Woche unterbrochen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer
(verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



© Bundestagsbüro Nadine Schön

Berlin trifft New York

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, (links im Bild) reiste im November zu den Vereinten Nationen nach New York. Dort tauschte er sich mit ausgewählten UN-Botschaftern über die aktuellen Herausforderungen in der internationalen

Zusammenarbeit aus. Rechts neben Jürgen Hardt ist der österreichische Botschafter Jan Kickert, daneben die litauische Botschafterin Audra Plepyte zu sehen. Gegenüber sitzt der deutsche Botschafter Christoph Heusgen.

Abgeordnete lesen Kindern vor

Wissenschaftliche Studien zeigen: Vorlesen hilft den Kindern in ihrer Entwicklung. Deshalb unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihren Abgeordneten den bundesweiten Vorlesetag.

Die Bundestagsabgeordnete Nadine Schön (CDU) brachte ein Buch in die Grundschule Wemmetsweiler mit, das sie noch aus ihrer Kindheit kennt: Otfried Preußlers »Die kleine Hexe«. Die Schüler waren fasziniert bei der Sache.



© Georg Klüßmann



© Michael Kappeler/dpa/picture alliance

»Bewährungsprobe« für unser Land

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat die Bundestagsparteien nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen zu Kompromissen aufgefordert, damit Deutschland eine stabile Regierung erhält. »Wir tragen gemeinsam Verantwortung für unser Land«, sagte der CDU-Politiker zur

Eröffnung der ersten Arbeitssitzung des Bundestages. Das erfordere von allen Gesprächs- und Kompromissbereitschaft. »Die Aufgabe ist groß, aber sie ist lösbar«, sagte er: »Es ist eine Bewährungsprobe, aber es ist keine Staatskrise.«

Besinnung und Besinnlichkeit

Nach einem politisch turbulenten Herbst, der nicht wie erwartet eine neue Koalition hervorgebracht hat, naht mit Weihnachten die Zeit der inneren Einkehr. Für viele Probleme findet sich eine Lösung oft erst nach einer Zeit der Besinnung. Lektüre kann dabei helfen, den nötigen Abstand zum Alltag zu finden, um anschließend frisch ans Werk zu gehen. Eine Auswahl an Büchern, die es lohnt zu lesen, haben Ihnen die Mitarbeiter der Redaktion zusammengestellt.

Vom Wert der Freundschaft

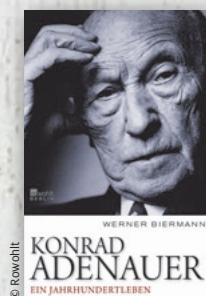
Hanya Yanagihara
Ein wenig Leben
 Hanser: Berlin, 2017

Der Trend geht zu dicken Büchern. Gleichwohl schreckt man als Leser vor einem Umfang von knapp 1.000 Seiten zunächst zurück. Im Falle von »Ein wenig Leben« ist man von den vier Protagonisten und ihrer Geschichte jedoch sofort gefesselt und möchte das Buch bis zum Schluss nicht mehr aus der Hand legen – auch wenn man mit der Hauptfigur Jude St. Francis abgrundtiefes körperliches und seelisches Leid erlebt oder gerade deshalb.

Jude St. Francis ist Waise und wurde als Kind von den Mönchen im Kloster, in dem er aufwuchs, missbraucht und misshandelt, später von einem vermeintlichen Helfer zur Prostitution gezwungen, von einem Kriminellen gefangen gehalten wie ein Tier. Nur knapp entrinnt er dem Tod und ist seitdem gehbehindert. Mit Hilfe von drei Freunden gelingt es ihm, sich ein neues Leben aufzubauen. Er studiert, wird Staranwalt. Im Erwachsenenalter wird er von einem Paar adoptiert. Mit seinem langjährigen Freund Willem baut er eine homosexuelle Beziehung auf. Er könnte glücklich sein. Und trotzdem holt ihn die Vergangenheit immer wieder ein. Seine seelischen Wunden heilen nicht. Mehr noch: Er fügt sich selbst immer neue Verletzungen zu. Er kann sich selbst nicht lieben.

Der Roman ist mehr als die tragische Lebensgeschichte des Protagonisten und seiner drei Freunde. Er ist ein Sittengemälde der Gegenwart, ein Psychogramm unserer Gesellschaft und eine Abhandlung über die großen Fragen unserer Zeit. Und er ist vor allem ein Buch über den Wert der Freundschaft.

Claudia Kemmer



Cognac in den Rhein

Werner Biermann
**Konrad Adenauer:
 Ein Jahrhundertleben**
 Rowohlt: Berlin, 2017

Es war der Abend des 12. März 1933. Um seiner Vertreibung aus dem Rathaus durch die SA zuvorzukommen, ging Konrad Adenauer noch einmal in sein Dienstzimmer, nahm einige private Dinge an sich und schloss dann mit dem Schlüssel des Oberbürgermeisters die große Eingangstür des Gebäudes ab. Bis zu seinem Tode im April 1967 hob er diesen Schlüssel in einer kleinen, mit Samt ausgeschlagenen Schachtel in seinem Schreibtisch auf – »als Symbol dafür, dass er, und nur er, der rechtmäßige Herr im Kölner Rathaus ist«.

Solche Beschreibungen machen den besonderen Reiz der Adenauer-Biografie aus, die im Frühjahr von dem kurz zuvor verstorbenen Autor und Dokumentarfilmer Werner Biermann erschienen ist. Lebendig schildert er den persönlichen und politischen Lebensweg des ersten Kanzlers der Bundesrepublik, dessen Leben von Bismarck bis zu den Beatles (1876–1967) reichte.

Biermanns Buch ist von Grundsympathie für den Mann getragen, der Deutschland fest in der westlichen Staatengemeinschaft verankerte. Doch er übt auch Kritik am autoritären Führungsstil des Kanzlers und seinem Agieren etwa in der »Spiegel«-Affäre.

Rund die Hälfte des Buches nehmen die Jahre bis 1949 ein. So beschreibt Biermann eindrücklich, wie Adenauer nach der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg als junger Oberbürgermeister beherzt die Probleme Kölns anging. Vor der Rückkehr der Soldaten ließ er zum Beispiel im November 1918 sämtliche Spirituosenbestände der Stadt in den Rhein kippen – darunter auch die Kriegsbeute von 1.400 Flaschen edelsten französischen Cognacs. Gewalttaten und Plünderungen habe es deshalb in Köln kaum gegeben.

Joachim Riecker

Geschichte einer Selbstfindung

Graham Swift
Ein Festtag
 dtv: München, 2017

Im englischen Original heißt der Roman von Graham Swift »Mothering Sunday«, also Muttertag. An diesem wundervoll sommerlichen Frühlingstag im März 1924 dürfen die Dienstmädchen traditionellerweise frei nehmen, um ihre eigenen Mütter zu besuchen. Die Herrschaften machen derweil Ausflüge. Niemand vermag zu erraten, welcher schicksalhaften Lauf dieser Tag für das Dienstmädchen Jane nehmen wird.

Jane ist eine Waise und seit sieben Jahren heimliche Geliebte von Paul aus dem benachbarten Herrenhaus. Paul wird in Kürze standesgemäß heiraten. Doch an diesem »Festtag« schlüpft Jane aus der Rolle des Dienstmädchens.

Paul lädt sie zu sich ins leere Herrenhaus ein. Dort nimmt er sie mit auf sein Zimmer, wo sich die beiden lieben. Als er aufbrechen muss, um sich mit seiner Verlobten zu treffen, bleibt Jane noch eine Weile. Sie wandert durch das leere Haus und spürt ein Gefühl von Freiheit. Dieser Tag ist

ein Wendepunkt in ihrem Leben. Paul wird bei einem Autounfall sterben, aber Jane wird sich aus dem Korsett ihrer Herkunft befreien. Sie wird ein freies Leben führen und eine erfolgreiche Schriftstellerin werden.

Was zunächst nach einer Liebesgeschichte über Standesgrenzen hinweg klingt, ist die Geschichte der Selbstfindung einer Frau, deren Weg vorherbestimmt scheint. Swift gelingt es, fast ein gesamtes Jahrhundert abzubilden. In dieser Epoche bewegt sich Jane, die als 80-Jährige auf diesen besonderen Tag zurückblickt. Der Roman ist sinnlich, pure Leben. Die Luft schwirrt, die Farben leuchten und Jane merkt, was sie vermag – wahrlich und wahrhaftig.

Mirja Menke



Zeitlos schön

Theodor Fontane

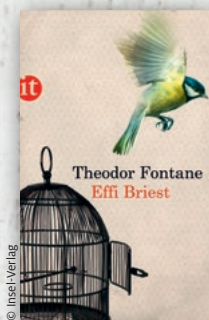
Effi Briest

Insel-Verlag: Berlin, 2011

Vielleicht wird sich der eine oder andere wundern, dass an dieser Stelle ausgerechnet »Effi Briest« als Lektüre empfohlen wird. Wohl jeder dürfte von dem populärsten Werk Fontanes, des märkischen Großdichters schlechthin, schon gehört haben. Aber sollte man sich einen solchen – Verzeihung für die Wortwahl – »Schinken« aus dem Jahre 1894 wirklich antun?

Unbedingt! Die unglückliche Lebens- und Lie-

besgeschichte der Effi Briest geht auch heute noch zu Herzen und ist vor allem Anregung für den Geist. Die Themen des Buches sind zeitlos, auch wenn sich natürlich die Situation der Frau – ja, auch die des Mannes – verändert hat. Aktuell sind etwa die Fragen: Wie können Frau und Mann eine glückliche Partnerschaft führen? Wieviel Freiraum muss es in einer Ehe geben? Wie sehr dürfen wir uns von Konventionen beherrschen lassen?



Marcel Reich-Ranicki hat einst über Fontanes Werk geschrieben: »Ja, ich sehe zwischen den »Wahlverwandtschaften« (1809) und den »Buddenbrooks« (1901) keinen schöneren und

wichtigeren Roman als »Effi Briest.« Vermutlich war es neben dem zeitlosen Inhalt auch die sprachliche Qualität, die Reich-Ranicki zu seinem Urteil führte. Fontane beschreibt die unglückliche Ehe, Effis Hadern mit ihrem Schicksal, das sie dazu veranlasst, »einen Schritt vom Wege« zu tun, einfühlsam, aber ohne Pathos. Vermutlich kommt einem die Person Effis erst durch diese Reduktion so nahe.

Übrigens gibt es noch einen Grund, sich mit Fontane zu beschäftigen. 2019 steht der 200. Geburtstag des in Berlin verstorbenen Romanciers an. Spätestens dann wird Fontane wieder in aller Munde sein. Liest man ihn jetzt, wäre man sozusagen der Zeit voraus.

Ulrich Scharlack

»Eine Geschichte von Nächstenliebe und Hoffnung«

Heribert Hirte über das Weihnachtsevangelium, das Christentum und die Religionsfreiheit

Weihnachten steht vor der Tür – eine Zeit der Besinnung, auch der Rückbesinnung auf christliche Wurzeln und Werte. »Fraktion direkt« sprach darüber mit dem Vorsitzenden des Stephanuskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heribert Hirte.

Herr Hirte, was bedeutet für Sie die Weihnachtsgeschichte?

Hirte: Das Weihnachtsevangelium gehört für mich zur Weihnachtszeit unbedingt dazu. Dutzende Male habe ich es gehört und jedes Jahr meinen Kindern vorgelesen. Es ist eine Geschichte von Flucht und Vertreibung, von Nächstenliebe und Hoffnung. Einem historischen Faktencheck hält die Geschichte nicht stand, das wissen wir inzwischen, aber ich halte die Geschichte über die Geburt Jesu trotzdem für wichtig. Denn allein die Art und Weise, wie sie erzählt wird, zeigt, dass Jesus zu Lebzeiten eine Ausnahmeerscheinung war. Aus Sicht des Evangelisten Lukas musste deshalb selbst die Geburt Jesu schon besonders gewesen sein. Wir feiern an Weihnachten ja nicht die Geburt irgendeines Kindes. Es ist die Geburt Jesu, die Menschwerdung der Liebe und der Weisheit Gottes, die wir feiern. Sozusagen die Geburt des Christentums.

An Weihnachten sind die Kirchen voll, an gewöhnlichen Sonntagen predigen die Pfarrer vor leeren Bänken. Was – glauben Sie – vermissen Christen an ihrer Religion?

Hirte: Vielleicht bekommen die Menschen Weihnachten in der Kirche etwas geschenkt, was weniger mit Religion als mit Nostalgie zu tun hat. Ich glaube jedenfalls nicht, dass das Problem im Kern der Religion liegt, sondern in ihrer Vermittlung. Menschen suchen nach wie vor nach Antworten und manche finden diese nicht mehr in der Kirche, sondern beim Therapeuten oder gar »Geistheiler«. Vielleicht lohnt sich für die deutschen Kirchen mal ein Blick in andere Teile der Welt, in denen das Christentum wächst.

Vieľfach wird kritisiert, dass die Kirche, besonders in der Flüchtlingskrise, zu politisch sei. Meiner Meinung nach hat Kirche aber durchaus das Recht und die Pflicht, allgemeine gesellschaftspolitische Fragen zu kommentieren. Das muss dann aber konsequent sein: Kirchenasyl für einige Monate zu gewähren, um den Staat anschließend für Jahre in die finanzielle Verantwortung zu zwingen, passt nicht zusammen.

Die christlichen Kirchen leiden an Mitgliederschwund. Ist der Islam eine Konkurrenz für das Christentum?

Ein Schwein in Brüssel

Robert Menasse

Die Hauptstadt

Suhrkamp; Berlin, 2017

»Die Hauptstadt«, dieser ebenso analytisch intelligente wie humorvoll zugespitzte Gesellschaftsroman, ist mein Buch des Jahres. Robert Menasse schafft es, auf 460 Seiten das Innenleben der EU-Kommission in Brüssel ebenso literaturfähig zu machen, wie er es fertigbringt, auf eine unverkrampfte Art mit dem nahen Tod der letzten Auschwitz-Zeitzeugen umzugehen. Für dieses Sterben einer ganzen Generation steht sinnbildlich der Holocaust-Überlebende David de Vriend, eine zentrale Figur des Romans. Mit ihm verblasst das kollektive

Gedächtnis, das auch oder gerade die umtriebigen EU-Funktionäre nicht am Leben halten können. Mit einer großen 60-Jahr-Feier soll das zwar gelingen, doch das Projekt ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Als verbindendes Element zwischen den Figuren fungiert ausgerechnet – wen wundert es – das metaphorische Schwein. Zu Beginn des Buches wird da buchstäblich eine Sau durch Brüssel getrieben, und damit fangen die herrlichen Wortspielereien erst an.

Als Essayist hat Menasse die Europäische Union oft verteidigt. Im Roman wirft er nun einen skeptischen Blick auf Verwaltungsstuben und Thinktanks,



auf Heuchler und Karrieristen. Seine Protagonisten, die Menschen, die dieses Werk bevölkern, sind alles einsame Figuren. Höchst komplex wie das Geflecht der EU-Mitgliedstaaten untereinander bilden sie ein Netz aus Freundschaft und Verrat.

Der versierte Leser wird nicht nur im Text, sondern auch zwischen den Zeilen viele Spitzen finden, die auf jeden Fall für heitere Lektüre zwischen den Jahren sorgen werden.

Patricia Romanowsky

Hirte: »Konkurrenz« ist in diesem Zusammenhang der falsche Begriff, finde ich. Das ist doch kein Wettkampf. Diejenigen, die aus der Kirche austreten, konvertieren ja nicht alle automatisch zum Islam. Eher verstehen sie sich dann als Atheisten oder Agnostiker. Aber auch die Abkehr von Religion ist eben Teil der Religionsfreiheit und verdient es, respektiert zu werden. Im Übrigen höre ich vermehrt von Muslimen, die zum Christentum konvertieren – und das auch in den islamischen Ländern. Teilweise berichten sie von massiver Diskriminierung seitens der muslimischen Gesellschaft. Ich erwarte da von muslimischen Verbänden ein klareres Bekenntnis für die Religionsfreiheit, die sowohl Konversion wie auch Abwendung von Religion beinhaltet.

Wie stehen Sie zu der Frage einer Einführung muslimischer Feiertage?

Hirte: Dass wir in Deutschland christliche Feste als staatliche Feiertage gemeinsam begehen, ist Ausdruck der christlich-jüdischen

Prägung unserer Gesellschaft. Es ist zwar nicht so, dass diese Tatsache durch die Einführung eines muslimischen Feiertags in Frage gestellt werden würde – das geschieht eher dadurch, dass immer weniger Menschen etwas mit christlichen Feiertagen anfangen können; aber ehrlich gesagt, sehe ich noch nicht, welchen Nutzen ein muslimischer Feiertag wirklich haben sollte. Denn schon jetzt ist es für Muslime kein Problem, am Zuckerfest etwa von der Schule oder vom Arbeitsplatz beurlaubt zu werden. Ich glaube auch nicht, dass es einen staatlichen Feiertag braucht, um den Muslimen zu signalisieren, dass sie Teil unserer Gesellschaft sind. Kritik an der Diskussion als solche scheint mir aber wenig zielführend. Wir müssen laut über solche Sachen nachdenken dürfen.

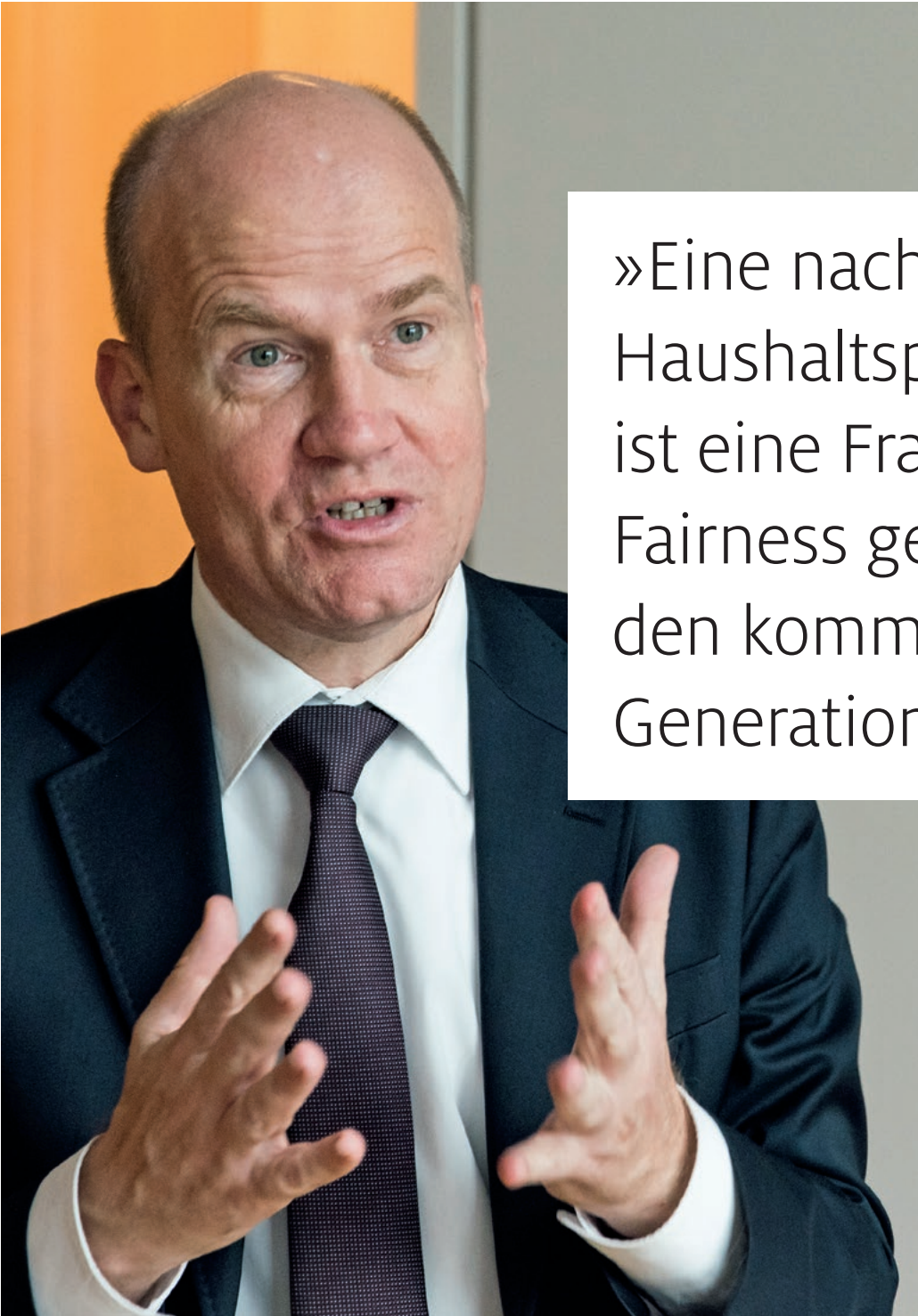
Das Reformationsjubiläum diene auch dem Zweck, die Menschen wieder für die Kirche zu begeistern. Welche Bilanz des Luther-Jahres ziehen Sie?

Hirte: Gefallen hat mir die Einbindung der katholischen Kirche und hier ganz besonders die Dialogpredigt der katholischen und evangelischen Prälaten Karl Jüsten und Martin Dutzmann vor uns Abgeordneten. Christen stehen in einigen Teilen der Welt unter großem Druck. Wenn sich diese Situation verbessern soll, müssen die Kirchen mit einer Stimme sprechen. Sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche haben das Reformationsjahr zum Anlass genommen, ernsthafter auf ihr Verhältnis untereinander zu schauen – und das ist doch erst einmal begrüßenswert. Wie wir wissen, war es nicht Luthers Ziel, die Kirche zu spalten. Allerdings wissen wir auch, dass erst durch die schmerzhafteste Reformation die Freiheit des Glaubens als Menschenrecht anerkannt werden konnte. Ob durch das Jubiläum künftig wieder mehr Menschen in die Kirche gehen werden, wird sich zeigen.



Heribert Hirte
Vorsitzender des Stephanuskreises
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

© Tobias Koch

A portrait of Ralph Brinkhaus, a middle-aged man with a receding hairline, wearing a dark suit, white shirt, and a patterned tie. He is gesturing with both hands as if speaking. The background is a simple orange wall.

»Eine nachhaltige
Haushaltspolitik
ist eine Frage der
Fairness gegenüber
den kommenden
Generationen.«

Ralph Brinkhaus, stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

© Steven Rösler

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:
blogfraktion.de



www.youtube.com/cducusu

Fraktion direkt:
www.cducusu.de/fraktiondirekt



twitter.com/cducusu

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de



[www.instagram.com/
cdusubt](https://www.instagram.com/cdusubt)

»Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«
erscheint jeweils am Ende eines Monats.
Bestellen können Sie das Heft unter
fraktiondirekt.abo@cducusu.de

Über die aktuellen Entwicklungen infor-
miert Sie wöchentlich »Fraktion direkt –
Der Newsletter«. Den elektronischen
Newsletter können Sie abonnieren unter
www.cducusu.de/newsletter-abo. Sie
erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von
»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.